



HESSISCHER LANDTAG

06. 02. 2019

RTA

Dringlicher Berichts Antrag

**Gerald Kummer (SPD), Frank-Tilo Becher (SPD),
Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD), Regine Müller (Schwalmstadt) (SPD),
Sabine Waschke (SPD), Oliver Ulloth (SPD) und Karina Fissmann (SPD)**

Datensicherheit im hessischen Justizministerium und seinen nachgeordneten Behörden

Die Hackerangriffe auf die Gießener Universität, die Sparkassen, die Städte Frankfurt, Bad Homburg sowie die Stadt Alsfeld und ihre weitreichenden Folgen zeigen deutlich, wie wichtig ein sensibler Umgang mit der IT-Sicherheit des hessischen Justizministeriums, aller Gerichtsbarkeiten, Staatsanwaltschaften, der Amtsanwaltschaft sowie der Justizvollzugsanstalten ist und weiter sein wird.

Die Landesregierung wird ersucht, im Rechtspolitischen Ausschuss (RTA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche Prüfung der IT-Prozess-Struktur hat die Landesregierung hinsichtlich der Anfälligkeit für Hackerangriffe und Cyber-Kriminalität in den Jahren 2018 und 2019 vorgenommen?
2. Welches spezifisches Know-how steht im hessischen Justizministerium dafür derzeit zur Verfügung?
3. Wie bewertet die Landesregierung den jetzigen Sicherheitsstandard und sieht sie weiteren Handlungsbedarf betreffend IT-Sicherheit
 - a) beim hessischen Justizministerium,
 - b) bei den Gerichtsbarkeiten (ordentliche Gerichte, Arbeitsgericht, Sozialgericht, Finanzgericht, Verwaltungsgericht),
 - c) bei den Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft,
 - d) bei den Justizvollzugsanstalten?
4. Falls ja, wie sieht der Handlungsbedarf bei der Weiterentwicklung und dessen Überprüfung anhand ständiger aktueller Entwicklungen aus?
5. Hat die Landesregierung Kenntnis von Hacker-Angriffen und/oder Aktivitäten durch Cyber-Kriminalität auf/bzw. gegen das hessische Justizministerium, die aufgezählten Gerichtsbarkeiten, die Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaft oder die Justizvollzugsanstalten?
6. Falls ja, welche waren dies und welche Maßnahmen wurden zur Krisenintervention durchgeführt (bitte getrennt nach Standorten)?
7. Welche Krisenstrategie haben das hessische Justizministerium, alle nachgelagerten Behörden und die Lehrkräfteakademie im Falle eines Hackerangriffs oder bei Aktivitäten durch Cyber-Kriminalität?
8. Für wie sicher und effektiv bewertet die Landesregierung diese Krisenstrategie?
9. Wie bewertet die Landesregierung die IT- und Datensicherheit und den Schutz vor Cyber-Kriminalität
 - a) im hessischen Justizministerium,
 - b) bei den Gerichtsbarkeiten (ordentliche Gerichte, Arbeitsgericht, Sozialgericht, Finanzgericht, Verwaltungsgericht),

- c) bei den Staatsanwaltschaften und Anwaltschaft,
 - d) bei den Justizvollzugsanstalten?
10. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Datensicherheit insbesondere von Bürgerinnen und Bürgern, die Opfer einer Straftat sind, gegen die ermittelt wird, die angeklagt oder verurteilt sind, sowie von Inhaftierten zu gewährleisten?
11. Wird die Erarbeitung und die Umsetzung einer Präventionsstrategie vor Cyber-Kriminalität durch das hessische Justizministerium durchgeführt?
- a) Falls ja, wie ist der Zeitplan bis zur Umsetzung?
 - b) Falls nein, warum nicht?
12. Wann erfolgt eine Evaluation?
13. In welcher Höhe wurden im Jahr 2019 Mittel und Personalressource für die IT-Sicherheit und die Prävention vor Cyber-Kriminalität im Haushalt zur Verfügung gestellt und wie wurden diese verausgabt?
14. Welche Mittel und welche Personalressource wurden im Haushalt 2020 für Prävention vor Cyber-Kriminalität veranschlagt?

Wiesbaden, 6. Februar 2020

Gerald Kummer
Frank-Tilo Becher
Heike Hofmann (Weiterstadt)
Regine Müller (Schwalmstadt)
Sabine Waschke
Oliver Ulloth
Karina Fissmann